

**Erweiterung des Schulsprengels
für die Lincolnschule**

Empfehlung Nr. 14-20 / E 01631 der
Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 17 –
Obergiesing-Fasangarten vom 20.07.2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10480

1 Anlage

**Beschluss des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 17 – Obergiesing-
Fasangarten vom 16.01.2018**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Die Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 17 – Obergiesing-Fasangarten hat am 20.07.2017 die als Anlage 1 beigefügte Empfehlung Nr. 14-20 / E 01631 zur Änderung des Schulsprengels für die Grundschule an der Lincolnstraße beschlossen.

Die Empfehlung betrifft einen Vorgang, der nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO des Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen ist. Da es sich um eine Empfehlung einer Bürgerversammlung handelt, muss diese nach Art. 18 Abs. 4 Satz 1 GO und § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und Einwohnerversammlungssatzung vom Stadtrat bzw. Bezirksausschuss und gemäß § 9 Abs. 4 Bezirksausschusssatzung vom Bezirksausschuss behandelt werden. Der Beschluss des Bezirksausschusses hat jedoch gegenüber der Verwaltung nur empfehlenden Charakter.

1 Grundsätzliches zu Schulsprengeln

Für öffentliche Grundschulen, die nach Art. 32 Abs. 1 Bayer. Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) nur als staatliche Schulen errichtet werden können, setzt die Regierung von Oberbayern durch Rechtsverordnung (Art. 26 Abs. 1 BayEUG) ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schulsprengel fest (Art. 32 Abs. 4 Satz 1 BayEUG).

Einer Sprengelfestsetzung geht jeweils ein Anhörungsverfahren voraus, mit dem das nach Art. 26 Abs. 2 BayEUG erforderliche Benehmen mit dem zuständigen Schulaufwands-träger hergestellt wird.

Bei Sprengeländerungen wird darauf geachtet, eine möglichst gleichmäßige Auslastung bereits bestehenden und neuen Schulraums unter Berücksichtigung einer wohnortnahen Versorgung mit Schulplätzen zu gewährleisten.

2 Aktueller Sachstand

Die zuständige Abteilung des Referates für Bildung und Sport hat, nach den Wünschen der Empfehlung der Bürgerversammlung, einen entsprechenden Sprengeländerungsvorschlag ausgearbeitet.

Dabei würde das von der Bürgerversammlung angegebene Gebiet von der Grundschule an der Balanstraße zur Grundschule an der Lincolnstraße umgesprengelt werden. Aus dem Umsprengelungsgebiet käme pro Schuljahr etwa eine zusätzliche Klasse pro Jahrgang.

Nach Überprüfung des Sprengeländerungsvorschlages wurde festgestellt, dass die gewünschte Sprengeländerung nicht umgesetzt werden kann.

Die Grundschule an der Lincolnstraße hat keine freien Räume für zusätzliche Klassen. Zum Schuljahr 2017/18 mussten bereits 14 Klassen bei nur 13 Klassenzimmern gebildet werden. Nur durch die Umwidmung des Musik- und Religionszimmers konnte die zusätzliche 14. Klasse untergebracht werden.

Auch die Umsprengelung eines kleineren Teilstücks des o.g. Umsprengelungsgebietes ist nicht sinnvoll, da eine Auffüllung der bestehenden Klassen nur begrenzt möglich ist. So sind die derzeitigen ersten Klassen mit bereits jeweils 27 Schülern belegt.

Der Korreferentin, Frau Stadträtin Neff, sowie der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Krieger, wurde ein Abdruck der Beschlussvorlage zugeleitet.

II. Antrag der Referentin

1. Von der Sachbehandlung als laufende Angelegenheit nach § 22 GeschO wird Kenntnis genommen.
2. Hiermit ist die Empfehlung Nr. 14-20 / E 01631 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 17 – Obergiesing-Fasangarten vom 20.07.2017 nach Artikel 18 Abs. 4 GO ordnungsgemäß behandelt.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Bezirksausschuss des Stadtbezirkes 17 – Obergiesing-Fasangarten

Die Vorsitzende

Die Referentin

Carmen Dullinger-Oßwald

Beatrix Zurek
Stadtschulrätin

IV. Wiedervorlage im Referat für Bildung und Sport - Allgemeinbildende Schulen - Abteilung 4

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
an den Bezirksausschuss 17 – Obergiesing-Fasangarten

z. K.

V. An das Direktorium – HA II / Verwaltung

- ☐ Der Beschluss des BA 17 kann vollzogen werden.
- ☐ Der Beschluss des BA 17 kann / soll nicht vollzogen werden
(Begründung siehe Beiblatt).
- ☐ Der Beschluss des BA 17 ist rechtswidrig (Begründung siehe Beiblatt).

Es wird gebeten, die Entscheidung des Oberbürgermeisters zum weiteren Verfahren einzuholen.

Am